

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden
Sabon & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verlagsamt: Gebr. Arnhold, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen
Nach der Arbeit und „Voll und Zeit“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnummer 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettersplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261, Sprech-
stunde von wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettersplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Kompartiments-
zeile 30 Pf., die 40 mm breite Kompartimentszeile 1,50 M., für auswärtsige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangeben
40 Proz. Rabatt. Für Dreifachbelegung 10 Pf.

Nr. 224

Dresden, Sonnabend den 25. September 1926

37. Jahrg.

Reichspolitik und Landtagswahl

H. F. Im Reichstag gibt es zur Zeit neun Fraktionen. Die Zahl der Parteien, die sich bei der letzten Wahl im März bewarben, war wesentlich größer, etwa 15. Einige davon sind ganz aus, andre errangen nur wenige Sitze. Bei der Fraktionsbildung im bürgerlichen Lager schlossen sich die kleineren Gruppen größtenteils an, um eine Fraktionsvertretung in den Ausschüssen, überhaupt möglich zu machen. Nach der Stärke der Fraktionen rangieren: Sozialdemokratische 131, Deutschnationale (mit einer Gruppe Landtagsabgeordneter) 110, Zentrum 69, Volkspartei 51, Kommunisten 45, Demokraten 32, Wirtschaftliche Vereinigung (drei kleinere Gruppen zusammen) 21, Liberale Volkspartei (deutschnationale Abspaltung vom Zentrum) 19 und Rationalsozialisten 15.

Viel einfacher lagen bisher die Partei- und Fraktionsverhältnisse in Sachsen. Bis zur Spaltung der sozialdemokratischen der großen politischen Parteien. Auch die Bewerber um Mandate im Wahlkampf gehörten in der Hauptsache diesen großen Parteien an. Das Bild wird sich in der Wahlbewegung zur kommenden Wahl am 31. Oktober ändern. Es treten mehr bürgerliche Parteien auf den Kampfbühnen, außerdem auch noch die sogenannten „Alltagspartei“, deren journalistische Führung stark im nationalsozialistischen Fahrwasser liegt. Auf bürgerlicher Seite bezeichnen sich dieselben Parteien um Mandate, die zur letzten Reichstagswahl am Wahlkampf beteiligt waren. Ob eine neue für sich oder in einem bürgerlichen Block gemeinschaftlich, ist nebensächlich.

Das frühere staatliche Eigenleben der Länder ist durch die republikanische Reichsverfassung stark beschnitten. Zu der Steuerfrage hat es fast ganz aufgehört. Die Grundgesetzgebung in allen wichtigen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Fragen liegt beim Reich. Das hat bisher nur in beschränktem Umfang Gebrauch gemacht hat, ist eine Erscheinung für sich, die hier außer Betracht bleiben kann. Jedenfalls ist die Gestaltung der Reichspolitik von entscheidender Bedeutung für Länder und Gemeinden.

Es ist unter solchen Umständen sehr wichtig und interessant zu prüfen, wie sich die Parteien im Reichstag verhalten, die sich jetzt um Mandate für den sächsischen Landtag bewerben. Um so mehr, als die bürgerlichen Parteien sich in für sie dringlichen Punkten sehr gern mit dem Hinweis auf die Zuständigkeit und Verantwortung des Reiches zu salbieren suchen. Dieselben Parteien machen aber die Politik des Reiches, da sie im Reichstag die Mehrheit haben und auch die Regierung bilden!

Es ist zweckmäßig, Stichproben nach dieser Richtung vorzunehmen. Im allgemeinen muß gesagt werden, daß die meisten wichtigen und einschneidenden Fragen der Reichsregierung die bürgerlichen Parteien für ihre Interessen gegen die der breiten Massen des werktätigen Volkes Politik treiben. Da steht immer eine bürgerliche Mehrheit des Reichstages der sozialdemokratischen bzw. proletarischen Minderheit gegenüber. Zollgesetz und Jollerreform, Sozialpolitik und in der Hauptsache gegen die Sozialdemokratie gemacht worden. — Bei der Steuerreform im Sommer 1925 wurden die Besitzsteuern kräftig abgebaut, die indirekten Steuern jedoch wesentlich erhöht. Das geschah unter besonderem Einfluß der Deutschnationalen, die damals in der Reichsregierung saßen. Sie betrogen zugleich das Heer der Inflationsberaterinnen um ein gutes Aufwertungs-gesetz, das sie vor der Wahl landesweit versprochen hatten.

Mit dem Finanzausgleich, auf dessen endgültige Regelung Länder und Gemeinden mit Recht seit langem drängen, geht es nicht vorwärts. Nun war es bestimmt für den 1. April 1927 versprochen. Neuerdings wird verkündet, daß man die wichtige Angelegenheit nochmals vertagen, d. h. ein weiteres Jahr hinausschieben müsse. Und das, was der Reichsfinanzminister vor kurzem in Dresden darüber gesagt hat, ist nicht geeignet, Hoffnungen auf eine gerechte Lösung der Sache zu erwecken. Wenn danach bürgerliche Mehrheiten schlechte Steuererfolge im Reichstag beschließen, über die sich Länder und Gemeinden beschweren können, dann weisen die bürgerlichen Parteien in den Landtagen und Gemeinderäten mit Fingern auf den bösen Reichstag. Sie verschweigen aber, daß ihre Klassengenossen es sind, die das zu verantworten haben. Deshalb sind derartige Vorwürfe so ungemein wichtig auch für den Landtagswahlkampf. Für das Zollgesetz und für die Tarife haben alle bürgerlichen Parteien gestimmt und damit eine neue Verzerrung des Zollwuchers eingeleitet. Der Widerstand der Linken blieb erfolglos.

Während war das Verhalten der Rechten und ihrer Abgeordneten in der Amnestiefrage. Man hat lange und vergeblich, aber nur darüber, wie man mit einer Amnestie die Rechtspolitiker treffen, die von der Linken ausgeschließen könne. Kol- und Landesverratsdelikte, man überhaupt von vornherein aus. Dabei haben auch

die Kommunisten eine sehr bedeutende Rolle gespielt, die sich ins Schlepptau der Völkischen nehmen. Verurteilte aus ihren eigenen Reihen aber im Stich lassen. Die Klassenjustiz der deutschen Republik ist verächtlich. Wir erinnern nur an zwei krasse Fälle in Schlesien. Ein Arbeiter wird zu 1 1/2 Jahre Zuchthaus und zu 10 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt, weil er für 57 M. Kartoffeln gestohlen hatte. Ein anderer wurde deswegen zu hoher Gefängnisstrafe verurteilt. In beiden Fällen — und das ist das Bezeichnendste! — wurde strafschärfend berücksichtigt, daß die Arbeiter an einem Streik beteiligt gewesen sind. Sie erhalten keine Amnestie, wenn nicht von Gnaden wegen des „Landesverrats“ 40 Jahre Zuchthaus verhängt! — Auf die bürgerlichen Parteien machen solche Zustände, die von sozialdemokratischer Seite im Reichstag zur Sprache gebracht werden, wenig oder gar keinen Eindruck. Im sächsischen Landtage ereignete es sich wiederholt, daß gegenüber Amnestieforderungen von links auf das Reich verwiesen und damit getrübt wurde. Wie es dort aussieht, ist deshalb wichtig zu wissen.

Daß die Deutschnationalen Wahlrechtseinde sind, bewiesen sie durch einen Antrag an den Reichstag, der die Heraushebung des Wahlalters von 20 auf 24 Jahre verlangte. Das mögen besonders die jüngeren Wähler und Wählerinnen beachten.

In bezug auf den Mieterschutz sind die Mieter im Reichstage fast nur auf die sozialdemokratische Fraktion angewiesen. Hätte sie das nicht verheißt, so wäre schon am 30. Januar dieses Jahres der ganze gesetzliche Mieterschutz gefallen. Auch die Kommunisten haben gegen das neue Gesetz gestimmt, in dem zwar Verschönerungen nicht zu verzeichnen waren, der Rest von Schmutz in immerhin wichtiger Richtung aber doch getretet wurde. Die Reichsparteien traten für Befall jedes Mieterschutzes ein!

In Schul- und Kulturfragen ziehen Deutschnationale, Volkspartei, Zentrum und alle andern Reichsgruppen unbedingte an einem Strang. Sie haben das Grundschulgesetz verschlechtert, ein Reichsgesetz über die neue Lehrerbildung bisher verhindert; sie treten für die Befestigung der Schulvorlage von 1921 bis zur Verfassungswidrigkeit verurteilt. Die von dem Demokraten Kitz in Aussicht gestellte neue Vorlage zeigt sich dem Zentrum, dem Koalitionspartner, gefällig, indem sie die wichtigsten Entscheidungen über die Gestaltung der Schule den Ländern überläßt. Damit wird die Sache zu einer höchst wichtigen Angelegenheit für Regierungen und Parlamente der Länder. Was wir in Sachsen von einer bürgerlichen Mehrheit und der Regierung zu erwarten hätten, braucht nach den Erfahrungen kaum noch besonders betont zu werden. — Im Herbst will

die bürgerliche Mehrheit des Reichstages ein Gesetz gegen „Schmutz und Schund“ verabschieden, das die Jugend vor schlechter Literatur und schlechten Bildern schützen soll. Dieses Gesetz ist ein Beispiel für die bürgerliche Mehrheit! Es öffnet die Tür für und Tor und bringt für Literatur und Kunst das ganze gesunde Leben große Gefahren. (Beispiel: Potemkin!) Zahlreich sind die vorliegenden Beispiele aus diesen Kreisen. Die Sozialdemokratie hat gegen das Gesetzesmonstrum den schärfsten Kampf geführt, sie lehnt es ab.

Die unteren Beamten sind schlecht behandelt worden von der bürgerlichen Mehrheit. Ihre berechtigten Wünsche auf bessere Befoldung wurden nicht befriedigt, ein neues Beamtenrecht sieht noch immer aus. Die sächsische Regierung hat die Herrschaft vor einigen Tagen auf dem Kongress des Verbandes der sächsischen Gemeindebeamten hielt, ist nichts weiter wie Sand in die Augen. Versprechungen und schöne Worte vor den Wählern! Wie so oft.

Die sächsischen Wähler mögen sich nun ein Bild machen, wie sie die Parteien einschätzen haben, die am 31. Oktober das Land Sachsen vor dem Bolschewismus bewahren wollen. Nicht dabei hat man Angst, sondern vor der proletarischen Mehrheit. Die aber müssen wir erhalten und vergrößern!

Volkspartei und Preußenregierung

U. Berlin, 25. September. (Sig. Junk.) Die Deutsche Volkspartei ist an das Zentrum des Preussischen Landtags herangetreten, um eine Aussprache über die Möglichkeit einer Regierungserweiterung in Preußen herbeizuführen. Diese Aussprache soll am Montag zwischen dem Abgeordneten Reich als Vertreter der Volkspartei und dem Abgeordneten Sch für das Zentrum stattfinden. Wie berichtet wird, will die Volkspartei noch vor ihrem bevorstehenden Kölner Parteitag eine Klärung darüber erreichen, ob eine Erweiterung der Regierungskoalition in Preußen im Bereiche der Möglichkeit liegt. Sozialdemokraten und Demokraten sind bisher von dem Schritt der Deutschen Volkspartei offiziell nicht unterrichtet. Es wird vom Ergebnis der ersten Aussprache abhängen, inwieweit diese beiden preussischen Regierungsparteien zu weiteren Verhandlungen herangezogen werden.

Bekanntlich ist die Deutsche Volkspartei in Preußen selbst aus der Großen Koalition ausgeschieden, als im Reich mit dem Kabinett Luther-Schule offiziell der Rechtskurs eingeschlagen. Die Deutsche Volkspartei hat es dann an radikalster Opposition zusammen mit Deutschnationalen, Völkischen und Kommunisten gegen das Kabinett Braum, die Weimarer Koalition, nicht fehlen lassen. Der letzte Schritt der Volkspartei in Preußen deutet darauf hin, daß sich in der Volkspartei ein Umschwung anbahnt. Man sieht wohl allmählich ein, daß mit den Deutschnationalen keine Außenpolitik zu betreiben ist?

Die Verhandlungen mit Frankreich

Die Reichsregierung hat also einstimmig die Verhandlungen Stresemanns mit Briand über eine Gesamtlösung der deutsch-französischen Fragen gebilligt und der Reichspräsident hat dem erfolgreichen Außenminister gebilligt. Mit dieser grundsätzlichen Zustimmung der Reichsregierung zu den Besprechungen von Thoiry und ihrem vorläufigen Ergebnis ist der Weg zu weiteren Begegnungen zwischen den französischen und dem deutschen Außenminister frei. Das Ziel ist, wie es in der amtlichen Erklärung heißt, einen deutsch-französischen Ausgleich herbeizuführen.

Er soll ermöglicht werden durch die Wiederherstellung der deutschen Autonomie im Westen unseres Landes und eine deutsche Hilfe bei der Sanierung des französischen Frankreich.

Es gilt jetzt zunächst hierzu die wirtschaftlichen Voraussetzungen zu schaffen und zu prüfen, wie und mit welchem Erfolg die Eisenbahnobligationen in den Dienst der Sache gestellt werden können. Das Reichskabinett hat zu diesem Zweck, ähnlich wie die französische Regierung, einen Ministerausschuß eingesetzt. Er besteht aus dem Reichsaussenminister, dem Finanz- und dem Wirtschaftsminister. Sie werden neben den erforderlichen Arbeitgebern ihrer Ministerien insbesondere Gutachten von maßgebenden Wirtschaftspolitikern des In- und Auslandes zu veranlassen schon Anfang Oktober die Sachverständigen der beiden Regierungen zu den ersten Besprechungen in Berlin zusammenzuführen können. Im besten Falle dürften diese Besprechungen rein wirtschaftlicher Art kaum vor Ende dieses Jahres abgeschlossen sein. Vor allem werden sich die Erörterungen mit der Finanzwelt nicht ganz einfach gestalten.

Erst wenn die wirtschaftliche Seite des erstrebten deutsch-französischen Ausgleichs geklärt ist und eine Aussicht auf Erfolg besteht, dürfte mit den Verhandlungen über die rein politischen Fragen begonnen werden. Es sind hier u. a. Verhandlungen mit dem Völkerbundrat über das Saargebiet notwendig, so daß selbst für den Fall, daß keine Schwierigkeiten von Poincaré gemacht werden sollten,

ein Abstieg der Besprechungen in Augenblicke noch nicht abzusehen ist. Immerhin ist auf beiden Seiten das Interesse bald zu einer Vereinbarung zu gelangen, gleich groß. Frankreich bedarf der finanziellen Hilfe eher heute als morgen und Deutschland kann nichts lieber wünschen, als seine Autonomie im Westen in der kürzesten Frist wiederhergestellt zu sehen.

Der Reichsaussenminister wird vor dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstags über seine Verhandlungen mit Briand in Thoiry Bericht erstatten, sobald die deutsche Delegation aus Genf zurückgekehrt ist. Das dürfte frühestens Anfang der kommenden Woche sein.

Hindenburgs Dank

Was er für die Deutschnationalen bedeutet

Der Reichspräsident von Hindenburg hat dem Reichsaussenminister seinen Dank dafür ausgesprochen, daß er den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vollzogen hat. Der Dank, der ein politisches Verleumdung ist, wird den Deutschnationalen missfällig in den Ehren klagen; denn dieser Dank gilt der Tatsache, daß es anders gekommen ist, als die Deutschnationalen es gewünscht haben. Er gilt der Tatsache, daß die außenpolitische Linie der republikanischen Regierungen konsequent eingehalten worden ist.

Hindenburgs Dank hat eine gewisse innerpolitische Bedeutung. Die Parteien, die Hindenburg als „Retter“ an der Seite erhoben haben, erwarteten von ihm, daß er in der Politik der Parteien, die die Kandidatur Marx unterstützten. Der Dank Hindenburgs galt also den Parteien der Kandidatur Marx. Aber mehr: Wer für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund dankt, der dankt zugleich für die innerpolitischen Taten, die den Eintritt ermöglicht haben, und